Stadt Erkelenz
Bebauungsplan Nr. IX/ B „Neusser Straße“
Erkelenz-Mitte

Begründung

Stand: Satzungsbeschluss

gehört zur Verfügung
vom 19.7.2000
Nr. 35.2.12-49-10/00
Baubehörde Köln
im Auftrag
von Puntigam

1. VORBEMERKUNGEN

1.1 Planungsanlass

Bei dem Bebauungsplan IX/ B „Neusser Straße“ handelt es sich um eine Bebauungsplanneuaufstellung für einen Teilbereich des aufgehobenen Bebauungsplanes Nr. IX/ A „Industriegebiet“.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. IX/ B ist erforderlich, um eine Umnutzung eines Gewerbegrundstückes zu Wohnzwecken zu ermöglichen, weitere Bereiche südlich der Neusser Straße für Wohnnutzungen zu erschließen und innerhalb der gewerblichen Bauflächen am Wockerather Weg eine städtebaulich verträgliche Ordnung zu sichern.

Für drei Teilbereiche des Bebauungsplanes Nr. IX/B „Neusser Straße“ liegen konkrete Bebauungsvorschläge für Wohnbebauung vor, die im Bebauungsplan Berücksichtigung finden.

Darüber hinaus ist eine Anpassung an das heutige Planrecht, insbesondere zur Regelung der direkt aneinander grenzenden Wohn- und Gewerbenutzung, zwingend notwendig.

2. ABGRENZUNG UND BESCHREIBUNG DES GEBIETS

2.1 Abgrenzung

Das Plangebiet gehört zum Stadtbezirk Erkelenz-Mitte und liegt östlich der Bahnstrecke in der Nähe des Autobahnanschlusses Erkelenz-Ost. Die Neusser Straße begrenzt das Plangebiet in nördlicher Richtung. Der Wockerather Weg stellt die südliche Grenze, die Alfred-Wirth-Straße L354 die östliche dar.

Die Flächen westlich der Straße Hinter der Giftmühle sind ebenfalls im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. IX/ B enthalten.

2.2 Bestandsbeschreibung

Die südliche Straßenrandbebauung der Neusser Straße ist eine zweigeschossige Wohnbebauung. Sattel-, Walm- und Flachdächer prägen die Dachlandschaft. Westlich der Straße Hinter der Giftmühle stehen eingeschossige Wohnhäuser mit Flachdächern. Im ehemaligen Ziegeleiverwaltungsgebäude am Wockerather Weg wird heute gewohnt.

Die Gewerbehalle östlich der Straße Hinter der Giftmühle ist zugunsten einer geplanten Wohnbebauung abgetragen worden.

Nördlich des Wockerather Weges befindet sich eine IVECO-Vertragswerkstatt mit einer Dieselpfzstelle. Vor dem Einmündungsbereich L354 ist zur Zeit ein Containerabstellplatz als Übergangsnutzung ansässig.

Das dreieckförmige Plangebiet hat eine Seitenlänge von ca. 530 m im Norden, ca. 450 m im Süden und ca. 370 m im Osten. Die Gesamtfläche beträgt ca. 7,6 ha.

Der Nordrand Neusser Straße hat eine Höhenlage von ca. 98 ü.NN. Nach Süden bis zur Einmündung Alfred-Wirth-Straße L354 fällt das Gelände im Bereich Wockerather Weg auf ca. 91 m ü.NN.

Die östliche Gewerbefläche zwischen Wockerather Weg und dem Straßenstich Neusser Straße südlich der Wohnbebauung ist auf ca. 91 – 92 ü.NN abgetragen. Die dadurch entstandene Böschungskante misst ca. 5 – 6 m Höhendifferenz. Südlich des Straßenstichs Neusser Straße befindet sich auf ca. 70 m Länge eine dammartige Aufschüttung von ca. 97,5 m ü.NN steigend bis auf ca. 99 m ü.NN. Zur L354 ist eine Schallschutzwand vorhanden.

3. BAULEITPLANUNG UND ÜBERGEORDNETE PLANUNG

3.1 Regionale Planung

Im Landesentwicklungsplan (LEP) vom 17. Januar 1995 ist die Stadt Erkelenz als Mittelzentrum im ländlichen Raum eingestuft. Sie liegt an der regionalen Entwicklungsachse der Oberzentren Aachen – Mönchengladbach und der überregionalen Autobahnachse Düsseldorf – Niederlande. Als Siedlungsbereich stellt der Stadtbezirk Erkelenz-Mitte das gebündelte Angebot von öffentlichen und privaten Einrichtungen der Versorgung, der Bildung und Kultur, der sozialen und medizinischen Betreuung, des Sports und der Freizeitgestaltung zur Verfügung.

Der Stadtbezirk Erkelenz-Mitte ist im Gebietsentwicklungsplan (GEP) als Wohnsiedlungs- bzw. Gewerbe-/ Industrieansiedlungsbereich dargestellt. Das Plangebiet liegt im Gewerbe-/ Industrieansiedlungsbereich.

3.2 Flächennutzungsplan

Im rechtskräftigen Flächennutzungsplan ist die bestehende Wohnbebauung südlich Neusser Straße als Wohnbaufläche dargestellt. Der Bereich der abgetragenen Halle östlich der Straße Hinter der Giftmühle und der südlich angrenzende Bereich bis zum Wockerather Weg ist als gewerbliche Baufläche ausgewiesen.

Zur Zeit erarbeitet die Stadt Erkelenz einen neuen Flächennutzungsplan. Das Verfahren nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB wurde durchgeführt. Der Abschluss des Neuaufstellungsverfahrens ist für das erste Halbjahr 2000 vorgesehen.

In seinem Vorentwurf stellt der neue Flächennutzungsplan die bestehende Wohnbebauung südlich der Neusser Straße bis zur L354 einschließlich des Bereichs der abgetragenen ehemaligen Gewerbehalle östlich der Straße Hinter der Giftmühle sowie die hieran südlich angrenzenden Grundstücksflächen nordöstlich des Wockerather Weges als Wohnbaufläche dar. Der südlich angrenzende Bereich bis zum Wockerather Weg bzw. der L354 ist als gewerbliche Baufläche dargestellt. Die Festsetzung eines Mischgebietes im Bebauungsplan IX/ B für die Grundstücksflächen nordöstlich des Wockerather Weges bzw. südlich angrenzend an die abgetragene ehemalige Gewerbehalle östlich der Straße Hinter der Giftmühle soll in die Darstellungen des neuen Flächennutzungsplanes einfließen. Nach den Ergebnissen des Beteiligungsverfahrens zur Flächennutzungsplanaufstellung und nach dem derzeitigen Stand des Aufstellungsverfahrens zum Flächennutzungsplan ist anzunehmen, dass der Bebauungsplan IX/ B damit den Darstellungen des neuen Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz entspricht und das Aufstellungsverfahren zum Bebauungsplan IX/ B gemäß § 8 Abs. 3 BauGB fortgeführt werden kann. Nach § 10 Abs. 2 BauGB bedarf der Bebauungsplan IX/ B „Neusser Straße“ der Genehmigung der Höheren Verwaltungsbehörde.

3.3 Bebauungsplan IX/ A „Industriegebiet“

Der seit dem 05.06.1964 rechtskräftige Bebauungsplan Nr. IX/ A „Industriegebiet“ ist in einer Inzidentkontrolle als nichtig festgestellt worden. Der Rat der Stadt Erkelenz hatte das formelle Aufhebungsverfahren eingeleitet, um den Rechtsschein des BBP IX/A zu beseitigen. Der Satzungsbeschluss zur Aufhebung ist am 01.09.1999 gefasst worden.

4. ZIEL UND ZWECK DES BEBAUUNGSPLANES

Der Bebauungsplan Nr. IX/ B „Neusser Straße“ verfolgt folgende Ziele:

- Planungsrechtliche Sicherung der vorhandenen Bau- und Nutzungsstrukturen
- Schaffung von neuem Wohnraum, um den zusätzlichen Wohnungsbedarf der Stadt Erkelenz zu decken, hier insbesondere auch Wohnraum für sogenannte „Schwellenhaushalte“.
- Entwicklung einer gemischten und gewerblichen Übergangszone zwischen der vorhandenen und geplanten Wohnnutzung an der Neusser Straße nördlich des Wo-

ckerather Weges mit einer Nutzungszonierung, die das Wohnen nicht stört und der betrieblichen Nutzung Entwicklungsmöglichkeiten bietet

- Planungsrechtliche Sicherung von gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnissen

Der Bebauungsplan hat den Zweck, für den Geltungsbereich die rechtsverbindlichen Festsetzungen für die städtebauliche Ordnung in aktueller Form zu schaffen und planungsrechtliche Regelungen zu treffen für

- die Art der baulichen Nutzung,
- die Überbauung der Grundstücke,
- die Erschließung sowie
- die Gestaltung der baulichen Anlagen.

Die wichtigsten, den im unbeplanten Innenbereich liegenden Bestand teilweise ergänzenden Festsetzungen sind:

- die bestehende Wohnbebauung südlich der Neusser Straße inklusive der Baulücken ist komplett als allgemeines Wohngebiet (WA) festgesetzt,
- das Gewerbegrundstück östlich der Straße Hinter der Giftmühle (ehemalige Gewerbehalle) ist als allgemeines Wohngebiet (WA) festgesetzt und
- die Flächen nördlich Wockerather Weg sind als Mischgebiet festgesetzt bzw. auf der Grundlage des Abstandserlasses NRW vom 02.04.1998 als Gewerbegebiet nach Abstandsklassen gegliedert.

5. PLANINHALTE UND FESTSETZUNGEN

5.1 Planungsrechtliche Festsetzungen

5.1.1 Art der baulichen Nutzung

Allgemeines Wohngebiet (WA)

Der Bereich für die Wohnbebauung wird als WA gemäß § 4 BauNVO festgesetzt und soll vorwiegend dem Wohnen dienen, was auch dem Gebietscharakter entspricht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich im Süden ein Mischgebiet und ein eingeschränktes, gegliedertes Gewerbegebiet GE-1, GE-2 sowie GE-3 anschließt.

Von den im WA allgemein zulässigen Nutzungen werden die Anlagen für sportliche Zwecke ausgeschlossen. Mit dieser Herausnahme soll eine städtebauliche Fehlentwicklung durch Fremdverkehre zu Lasten der Wohnqualität vermieden werden.

Die übrigen Ausnahmen für gewerbliche Nutzungen gemäß § 4 Abs. 3 BauNVO sind nicht zugelassen. Damit soll der Wohncharakter des Gebietes betont und erreicht werden.

Im WA sind auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen Abfallbehälter, Fahrräder und Gartengeräte/ -möbel in eingeschossigen, untergeordneten Nebenanlagen bis zu 30 cbm umbauter Raum zulässig. Dabei dürfen die Gebäude nicht unterkellert werden und keine Feuerstellen enthalten.

Mit diesen Festsetzungen soll eine geordnete Erstellung dieser erforderlichen Nebenanlagen erreicht werden.

Mischgebiet (MI)

Der Übergangsbereich zwischen geplanter Wohnbebauung östlich der Straße Hinter der Giftmühle und den gewerblichen Flächen nördlich Wockerather Weg wird als MI gemäß § 6 BauNVO festgesetzt. Dadurch soll eine städtebaulich geordnete Wohn-/ Geschäft- und Gewerbeentwicklung gesichert werden.

Neben dem mit bestehender Wohnnutzung ehemals gewerblich genutzten Verwaltungsgebäude der Ziegelei im nordwestlichen Bereich des Wockerather Weges ist aufgrund der ausreichenden Grundstücksgröße des Flurstückes 174 in erschließungs-, verkehrsgünstiger Lage sowie in der Übergangs- und Nahtstelle zwischen Wohnen und Gewerbe nur die Ansiedlung von Gewerbebetrieben denkbar, die das Wohnen nicht wesentlich stören. Es ist daher im nordwestlichen Bereich des Wockerather Weges eine Funktionsmischung mit der Ausweisung eines Mischgebietes städtebaulich sinnvoll, die sowohl dem Wohnen als auch der Unterbringung von Gewerbebetrieben, die das Wohnen nicht wesentlich stören, dienen soll. Mit der Ausweisung eines Mischgebietes wird sowohl eine Gebäude- als auch Nachbarschaftsmischung von Gewerbe und Wohnen ermöglicht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich im Westen ein bestehendes Gewerbegebiet anschließt.

Von den allgemein zulässigen Nutzungen werden Anlagen für sportliche Zwecke, Gartenbaubetriebe, Tankstellen und Vergnügungsstätten im MI ausgeschlossen. Gleiches gilt für die ausnahmsweise zulässigen Vergnügungsstätten. Diese Herausnahme soll für die Örtlichkeit unangemessene und nicht verträgliche Nutzungen verhindern.

Gewerbegebiet (GE)

Als Gewerbegebiet gemäß § 8 BauNVO werden das Grundstück des bestehenden Betriebes und die umliegenden Flächen westlich bis zum Mischgebiet und östlich bis zur Alfred-Wirth-Straße, heutiger Containerstellplatz, festgesetzt. Hiermit soll die bestehende Gewebestruktur gesichert und eine für das Umfeld verträgliche gewerbliche Entwicklung gewährleistet werden.

Die gewerblichen Nutzungen im GE sind in ihrer Zulässigkeit nach Abstandsklassen gemäß Abstandserlaß des MURL vom 02.04.1998 gegliedert und haben einen gestuften immissionswirksamen, flächenbezogenen Schalleistungspegel im Sinne einer Lärmkontingentierung einzuhalten. Dieser garantiert, dass einerseits die Wohngebietsrichtwerte nicht überschritten und andererseits die bestehenden Betriebe nicht in ihrer Nutzung eingeschränkt werden. Für neu anzusiedelnde Gewerbebetriebe bieten die festgesetzten, flächenbezogenen Schalleistungspegel ausreichenden Nutzungsspielraum.

Um die an den geplanten Wohngebieten einzuhaltenden Immissionsrichtwerte nach TA-Lärm vom 26. August 1999 zu garantieren, wurden im GE-Gebiet des B-Planes IX/ B „Neusser Straße“ für die bereits bebauten und unbebauten Teilflächen immissionswirksame flächenbezogene Schalleistungspegel festgesetzt. Darunter sind die auf die Bezugsfläche 1 qm umgerechneten Schalleistungspegel der jeweiligen Teilfläche zu verstehen. Grundlage ist die gesamte von der Teilfläche emittierte Schalleistung aller Teilschallquellen.

Die immissionswirksamen flächenbezogenen Schalleistungspegel bereits bebauter Grundstücke werden durch Emissionsmessungen innerhalb der bebauten Flächen ermittelt.

Die immissionswirksamen flächenbezogenen Schalleistungspegel der unbebauten Grundstücke werden auf der Grundlage der einzuhaltenden Immissionsrichtwerte an der zu schützenden Wohnbebauung in Verbindung mit Ausbreitungsrechnungen ermittelt. Aus den immissionswirksamen flächenbezogenen Schalleistungspegeln der Teilflächen können die an den Immissionsorten wirkenden flächenbezogenen Immissionsrichtwertanteile jederzeit rückgerechnet werden (und umgekehrt).

Ausnahmen sind für den Fall zugelassen, dass es sich um Betriebe höherer Abstandsklassen handelt, die die nach Abstandserlaß geforderten Immissionsschutzwerte der niedrigeren Klasse erfüllen (siehe Anlage 1 der Begründung).

Zum Schutz vor Geruchsbelastungen müssen geruchsemitternde Betriebe im Einzelfall nachweisen, dass sie die Bestimmungen des § 15 BauNVO einhalten.

Die gemäß § 8 (3) BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen

Nr. 1 Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind,

Nr. 2 Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke,

Nr. 3 Vergnügungsstätte

sind aus städtebaulicher Sicht in diesem Bereich allgemein vertretbar und somit Bestandteil des Bebauungsplanes. Für die ausnahmsweise zulässigen Wohnungen ist ein Nachweis auf Einhaltung des Innenraumpegels von maximal 35 dB (A) zwischen 22:00 und 6:00 Uhr zu führen, um eine ausreichende Schlafruhe sicherzustellen.

5.1.2 Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die Grundflächenzahl (GRZ), Geschossflächenzahl (GFZ), die Zahl der Vollgeschosse sowie die Trauf- und Gebäudehöhen bestimmt.

Die Zahl der Vollgeschosse, die Trauf- bzw. Gesamtgebäudehöhe in Verbindung mit der Dachform und der Dachneigung begrenzen den äußeren Rahmen der Gebäude bezüglich der Höhenentwicklung.

Diese festgelegten Bestimmungsgrößen ergeben sich aus der Zielsetzung des Bebauungsplanes und der dabei zugrundeliegenden städtebaulichen Planung.

Die Grundflächenzahlen sind für die bestehende Wohnbebauung an der Neusser Straße und westlich der Straße Hinter der Giftmühle entsprechend dem Gebäudebestand und der zulässigen Grenzwerte des § 17 BauNutzungsverordnung mit 0,4 festgesetzt.

Zur Durchführung des Projektes, welches einen wichtigen Beitrag zur Wohnraumversorgung und Wohneigentumsbildung breiter Bevölkerungsschichten der Stadt Erkelenz leisten soll, ist für die geplanten Neubaubereiche eine Überschreitung der Obergrenze des § 17 BauNVO der GRZ von 0,4 auf 0,5 erforderlich und festgesetzt. Weil die Zielsetzung von bezahlbarem Wohnungseigentum hier durch Grundstücksgrößen von 120 qm bis 150 qm und Gebäuden mit einer Grundfläche von ca. 60 qm erreicht werden soll, ist diese geringfügige Erhöhung der Grundflächenzahl notwendig.

Die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse werden trotzdem erfüllt, weil der öffentliche Straßenraum als verkehrsberuhigter Bereich ein mitnutzbares Wohnumfeld darstellt und den Neubaugebieten ein nach Süden vorgelagerter Grün- und Pflanzbereich zusätzliche optische und klimatische Vorteile bringt. Aus diesen Gründen sind unvermeidbare verkehrliche Mehrbelastungen, städtebaulich bedenkliche Verdichtungen oder die Beeinträchtigung sonstiger öffentlicher Belange nicht zu erwarten.

Für die Geschossflächenzahl wird bestimmt, dass sie, wie in § 20 BauNVO dargestellt, in allen Teilen des Wohngebietes ausschließlich für die Vollgeschosse gilt und dass die Flächen von Aufenthaltsräumen außerhalb der zulässigen Vollgeschosse einschließlich der zu ihnen gehörenden Treppenträume und einschließlich ihrer Umfassungswände nicht mitzurechnen sind (z.B. Dachausbau ohne Vollgeschoss).

Dadurch ergeben sich in Abhängigkeit von der Zahl der Vollgeschosse Geschossflächenzahlen von 0,4 bis 1,0. Die Zahl der Vollgeschosse wird im ganzen Wohngebiet als Höchstgrenze festgesetzt.

Zur Verwirklichung der städtebaulichen Zielvorstellungen werden zu allen festgesetzten Vollgeschossen die entsprechenden Höchstgrenzen der Gebäudehöhen als Trauf-, First- oder Kronenhöhen über dem Bezugspunkt der angrenzenden Verkehrsfläche gemessen. Bei geneigtem Gelände ist die Höhe der Mitte der überbaubaren Grundstücksfläche als Höhenbezugspunkt zu nehmen. Maßgeblich ist die ausgebaute oder auszubauende Verkehrsfläche.

Im Mischgebiet sind die nach § 17 BauNVO allgemein zulässigen Werte von GRZ = 0,6 und GFZ = 1,2 festgesetzt; im Gewerbegebiet entsprechen die GRZ von 0,8 und die GFZ von 1,6 der Geschossigkeit und möglichen Ausnutzung.

5.1.3 Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche

Die festgesetzte Bauweise ergibt sich aus den Zielsetzungen der städtebaulichen Planung.

Als Bauweise im Wohngebiet ist die offene Bauweise vorgesehen. Zur städtebaulichen Ordnung ist die offene Bauweise in Teilbereichen als Bauweise nur für Doppelhäuser bzw. Hausgruppen spezifiziert.

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen definiert. Die Baugrenzen in Wohngebieten sind so festgesetzt, dass eine Tiefe des Baufensters von 15 m für die Neubaubereiche gewährleistet ist. Für die bestehende Wohnbebauung südlich der Neusser Straße zwischen den Straßen Hinter der Giftmühle und Alfred-Wirth-Straße L354 beträgt das Baufenster einheitlich 20 m, um die unterschiedlich ausgerichteten Hauptgebäude planungsrechtlich im Bestand zu sichern.

Die gesamte bebaute Dreiecksfläche zwischen Neusser Straße/ Hinter der Giftmühle und Wockerather Weg umfaßt ein zusammenhängendes Baufenster bis auf den von der Bebauung freizuhaltenden Bereich von überwiegend 3,0 m Tiefe, zwischen Baugrenze und Straßenbegrenzungslinie.

Für das Mischgebiet, mit Ausnahme des bestehenden Wohnhauses, und das Gewerbegebiet ist jeweils ein großflächiges Baufenster mit einem 5,0 m tiefen, von der Bebauung freizuhaltenden Bereich zum Wockerather Weg festgesetzt. Dadurch soll die Flexibilität der Bebauung innerhalb der gemischten bzw. gewerblichen Bauflächen garantiert werden. Der hintere Baugrenzenverlauf berücksichtigt die Böschungstopographie und Begrünungszonen. Zur Bauweise im GE ist keine gesonderte Festsetzung getroffen worden, um bei der baulichen Entwicklung flexibel reagieren zu können.

5.1.4 Höhenlage der baulichen Anlagen

Der Bezugspunkt für die Höhenlage der baulichen Anlagen ist die an das Baugrundstück angrenzenden Verkehrsfläche. Bei geneigtem Gelände ist die Höhe der Verkehrsfläche in Höhe der Mitte der überbaubaren Grundstücksfläche als Bezugspunkt zu nehmen. Maßgeblich ist die Höhe der ausgebauten und auszubauenden, angrenzenden Verkehrsfläche.

Die maximale Fußbodenhöhe im Erdgeschoss darf 0,50 m über Höhenbezugspunkt nicht überschreiten.

Durch den vorgegebenen Bezugspunkt wird eine weitestgehend einheitliche Höhenlage der baulichen Anlagen gewährleistet und ein unmaßstäbliches Herauswachsen des Baukörpers aus dem Gelände verhindert.

5.1.5 Flächen für Garagen, Stellplätze und Carportanlagen im WA

Durch die im Textteil geregelte Zulässigkeit von Garagen-, Stellplatz- und Carportstandorten soll vermieden werden, dass diese ungeordnet auf dem Grundstück errichtet werden und das Erscheinungsbild des Wohnquartiers zum Straßenraum verunstaltet wird.

Carportanlagen mit maximal 2,50 m Breite sind im Vorgarten zulässig, um beispielsweise bei der Hausgruppenbebauung einen der Wohnung direkt zugeordneten, überdachten Abstellplatz zu ermöglichen.

Ziel ist die Erhaltung der räumlichen Wirkung des im städtebaulichen Entwurfs konzipierten Straßenraums, daher sollen die Garagen entweder zusammen mit der Nachbarga-ge errichtet werden, als Grenzbau oder aber mit dem Hauptgebäude verbunden sein.

Darüber hinaus bieten die Gemeinschaftsgaragen eine konzentrierte städtebauliche In-tegration im Wohngebiet.

5.1.6 Verkehrsflächen, Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

Das Plangebiet wird von der Neusser Straße, Hinter der Giftmühle und Wockerather Weg erschlossen. Die Alfred-Wirth-Straße L354 dient nicht der Gebietserschließung, sondern der übergeordneten Verkehrsführung zum Autobahnanschluss Erkelenz-Ost.

Die geplante Wohnbebauung Ost südlich Neusser Straße wird über einen verkehrsberu-htigten Wohnstraßenstich – „Spielstraße“ – mit Wendeanlage erschlossen. Ein separater Fuß-/ Radweg führt zur südlich angrenzenden Fortführung der Neusser Straße.

Für die zweite geplante Wohnbebauung West zwischen der Straße Hinter der Giftmühle und dem Straßensstich Neusser Straße soll ebenfalls eine verkehrsberuhigte Wohnstraße (Spielstraße) von der Straße Hinter der Giftmühle aus mit Wendemöglichkeiten die Er-schließung sicherstellen. Ein separat geführter Fuß-/ Radweg über den Spielplatz stellt die Verbindung zwischen der geplanten und bestehenden Wohnbebauung dar. Die Zu-fahrtsmöglichkeit zum vorhandenen nördlichen Garagenhof ist berücksichtigt.

Das Gewerbegebiet ist allein vom Wockerather Weg aus erschlossen. Dadurch ist eine günstige Anbindung an das klassifizierte Straßennetz – L354 und A46 – gegeben, ohne die Wohnnutzung zu tangieren bzw. zu belästigen.

Ruhender Verkehr

Zur Deckung des Parkplatzbedarfes für Besucher werden an mehreren Stellen öffentliche Stellplätze innerhalb des verkehrsberuhigten Bereichs geschaffen. Die privaten Stellplät-ze sind auf den Grundstücken in Form von Garagen, offenen Stellplätzen und Carport-anlagen untergebracht.

Die bestehende Trafostation südlich der Neusser Straße ist planungsrechtlich gesichert.

5.1.7 Öffentliche Grünflächen

Die in den beiden geplanten Wohnbereichen geplanten Spielplätze sind als öffentliche Grünfläche festgesetzt und jeweils für die angrenzenden Wohnbereiche bestimmt.

5.1.8 Maßnahmen zum Schutz von Natur, Flächen für das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern

Der Bebauungsplanbereich setzt planungsrechtlich allgemeine Wohngebiete im Norden und Misch-/ Gewerbegebiete im Süden fest. Um die räumliche Nachbarschaft der unterschiedlichen Nutzungen städtebaulich verträglich zu gestalten, sind entlang der Nutzungsgrenze Flächen für das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern festgesetzt, die landschaftsgärtnerisch mit Gehölzen der Auswahlliste dauerhaft zu begrünen und zu erhalten sind

Der bestehende Böschungsbereich zwischen Gewerbe- und Wohngebiet ist als Fläche mit Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen festgesetzt. Dadurch soll die Böschung und Bepflanzung geschützt und entwickelt werden. Im Falle einer Ersatzpflanzung oder Neuanpflanzung sind Gehölze aus der Vorschlagsliste zur Gehölzverwendung (Anlage 2) zu verwenden.

Die Flächen folgen einerseits als Pufferzone in einer Tiefe von 5 m entlang der Nutzungsgrenze Wohn-/ Mischgebiet sowie Misch-/ Gewerbegebiet und umfahren andererseits östlich auch die ganze Tiefe der vorhandenen, begrüneten Böschungsbereiche, deren vorhandener Grünbestand damit planungsrechtlich gesichert werden soll. Die Vegetationszone leistet weniger einen nennenswerten Immissionsschutzbeitrag, hat aber eine wichtige gliedernde Funktion als begrünte Zone zwischen den Hauptnutzungen.

5.1.9 Schallimmissionsschutz

Für die Erstellung des Bebauungsplanes Nr. IX/ B „Neusser Straße“ wurden in zwei Gutachten die schalltechnisch relevanten Geräuschquellen festgestellt und die maßgeblichen Geräuschimmissionen berechnet.

Diese Untersuchungen dienen zur Beurteilung der Gewerbelärmimmissionen vorhandener Betriebe und des Verkehrslärms der Eisenbahnstrecke Aachen - Mönchengladbach und der anliegenden Straßen. Für die untersuchten Flächen wurde eine Nutzung als allgemeines Wohngebiet angestrebt.

Als Grundlage für die Berechnungen zur Beurteilung der Gewerbeflächen nördlich der Neusser Straße und südlich des Wockerather Weges wurden Geräuschmessungen durchgeführt und die flächenbezogenen Schalleistungspegel für die Gewerbeflächen ermittelt. Daraus wurden mit Hilfe einer Prognoseberechnung die im Plangebiet zu erwartenden Immissionspegel ermittelt.

Die Gutachten stellen fest, daß einer Nutzung der geplanten Flächen als Allgemeines Wohngebiet und Mischgebiet bezüglich der Gewerbelärmimmissionen zusammen mit den getroffenen Festsetzungen zum flächenbezogenen Schalleistungspegel zugestimmt werden kann.

Die Verkehrslärmimmissionen wurden auf der Grundlage der RLS 90 für den Straßenverkehr der anliegenden Straßen und der Schall 03 für den Schienenverkehr der DB-Strecke Aachen – Mönchengladbach ermittelt.

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, daß einer Nutzung der geplanten Flächen als „Allgemeines Wohngebiet“ bezüglich der Verkehrslärmimmissionen zugestimmt werden kann, wenn passive Schallschutzmaßnahmen für Bauvorhaben im Bereich der in Ost-West-Richtung verlaufenden Neusser Straße bis 25 m Tiefe, beidseitig der Straße „Hinter der Giftmühle“ und nördlich des Wockerather Weges jeweils bis 18m Tiefe gemessen von der Fahrbahnmitte und direkt im Kreuzungsbereich Alfred-Wirth-Straße/ Wockerather Weg entsprechend der DIN 4109 durchgeführt werden.

Die Straßenbauverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen hat mitgeteilt, dass sie der Bauleitplanung zustimmt, dass hieraus aber keine Lärmschutzansprüche gegenüber Landes- bzw. Bundesstraßen abgeleitet werden können.

6. BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Neben den planungsrechtlichen Festsetzungen sind die im Bebauungsplan unter Ziffer 2 des Textteiles enthaltenen bauordnungsrechtlichen Festsetzungen zur äußeren Gestaltung der baulichen Anlagen sowie Dachform, Dachneigung, Dachgestaltung, Außenantennen, Gestaltung der unbebauten Flächen und Einfriedungen getroffen, um ein städtebaulich befriedigendes Erscheinungsbild im Planbereich zu gewährleisten.

7. ÖKOLOGISCHE AUSGLEICHSMASSNAHMEN

Die Bebauungsplanüberarbeitung IX/B „Neusser Straße“ löst grundsätzlich gemäß Baugesetzbuch (BauGB) § 1a (3) keinen ökologischen Ausgleichsbedarf aus.

Im Bebauungsplan IX/B „Neusser Straße“ erfolgt eine Reduzierung des ökologischen Eingriffs gegenüber dem Nutzungs- und Gebäudebestand sowie dem zwischenzeitlich aufgehobenen Vorläufer-Bebauungsplan IX/A „Industriegebiet“ bzw. § 34 BauGB.

Insbesondere der Erhalt der bestehenden Böschungen im nördlichen Bereich des Gewerbegebietes bei gleichzeitiger Schaffung einer landschaftsgestalterischen Pufferzone zwischen Wohn-/ Mischgebiet und Misch-/ Gewerbegebiet verbessert die ökologische Situation gegenüber den bisherigen Baurechten. Diese gliedernde Pufferzone ist als Fläche für das Anpflanzen bzw. Erhalten von Bäumen und Sträuchern laut Pflanzliste (siehe Anlage 2 der Begründung) festgesetzt.

Darüber hinaus führt der Abbruch der großflächigen, leerstehenden Gewerbehalle mit 6.000 qm versiegelter Fläche und die Umwandlung zu einem durchgrüntem Wohnquartier zu einer insgesamt höheren ökologischen Wertigkeit.

8. WASSERWIRTSCHAFT

Die Schmutzwasserbeseitigung für das nicht in einer Wasserschutzzone liegende Baugebiet IX/B „Neusser Straße“ erfolgt über vorhandene Kanäle in den umgebenden Stra-

ßen Neusser Straße, An der Giftmühle und Wockerather Weg. Dabei werden die Neusser Straße im Mischsystem und die beiden anderen Straßen im Trennsystem betrieben.

Gemäß § 51a des Landeswassergesetzes (LWG) ist das Niederschlagswasser von Grundstücken, die nach dem 01. Januar 1996 erstmals bebaut, befestigt oder an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden, zu versickern, zu verrieseln oder ortsnah in ein Gewässer einzuleiten, sofern dies ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit möglich ist.

Gemäß §§ 2, 3 und 7 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) bedarf die Einleitung von Niederschlagswasser in den Untergrund einer wasserrechtlichen Erlaubnis. Die zuständige Behörde hierfür ist die Untere Wasserbehörde (Oberkreisdirektor des Kreises Heinsberg). Genehmigungsfrei ist lediglich eine Flächenversickerung.

Um Aufschluss über die Versickerungsmöglichkeiten im Planbereich zu erhalten, wurde ein hydrologisches Gutachten erstellt, was zu folgenden Ergebnissen kommt:

Im B-Plan-Gebiet Nr. IX/A „Neusser Straße/ Wockerather Weg“ in Erkelenz ist auf den zur Neubebauung vorgesehenen Grundstücken nach den Empfehlungen der ATV sowie nach den Vorgaben des MURL eine Versickerung von Niederschlagswasser teilweise möglich.

Eine Versickerung kann prinzipiell im oberflächennah anstehenden Lößlehm und in größerer Tiefe anstehenden, kiesig-sandigen Terrassensedimenten erfolgen. Da Versickerungsanlagen in den Terrassensedimenten in Tiefen von mehr als 5 bis 10 m errichtet werden müßten, wird diese Möglichkeit aufgrund des hohen technischen und finanziellen Aufwandes nicht empfohlen.

Da bereichsweise mächtige Auffüllungen vorhanden sind, die Bauschutt und Schlacke enthalten, müssen für die einzelnen Grundstücke Vorgaben bezüglich der Form und der Lage von Versickerungsanlagen formuliert werden.

Auf den Grundstücken südlich der Neusser Straße kann aufgrund der hier ermittelten geringen Durchlässigkeit des Lößlehms keine Versickerung nach § 51 a des LWG gefordert werden. Dem Abwasserbeseitigungspflichtigen steht es jedoch frei, entsprechend groß dimensionierte Versickerungsanlagen zu errichten.

Bei der Wahl des Versickerungsverfahrens muß die Beschaffenheit des Niederschlagswassers in Abhängigkeit von der geplanten Bebauung und Nutzung gemäß Runderlass des MURL berücksichtigt werden.

Versickerungsschächte sollen nach den Vorgaben des MURL nur in Ausnahmefällen vorgesehen werden.

Der Standort einer Versickerungsanlage ist so zu wählen, daß zu unterkellerten Gebäude ohne wasserdichte Ausbildung ein Mindestabstand von 6 m eingehalten wird. Der Abstand zu Grundstücksgrenzen soll in der Regel mindestens 2 m betragen. Diese Forderung kann dann aufgehoben werden, wenn z.B. auf jeder Seite der Grenze Versickerungsanlagen errichtet werden.

In den Böschungsbereichen zwischen den Grundstücken an der Neusser Straße und den tieferliegenden Grundstücken am Wockerather Weg sollten die Versickerungsanlagen auf den Flächen oberhalb der Böschung in einem Mindestabstand von 6 m zu der Böschung geplant werden, um Wasseraustritte zu vermeiden. Bei einer Versickerung in der Nähe der Böschung sind gegebenenfalls bodenmechanische Berechnungen im Hinblick auf Böschungsbruch vorzusehen.

Da im Plangebiet von einer bereichsweise sehr unterschiedlichen Versickerungsfähigkeit ausgegangen werden muß, sind im Bebauungsplan keine weitergehenden Versickerungsfestsetzungen getroffen worden.

Neben der Möglichkeit, auf den Grundstücken selbst die Regenwasserbehandlung durchzuführen, gilt ein Anschluss an das vorhandene Kanaltrennsystem als „ortsnahe Regenwasserbeseitigung“. Die unverschmutzten Regenwässer laufen heute und in Zukunft über eine Pumpstation am Wockerather Weg, zum Vorfluter „Wockerather Fließ“. Die Regenwässer der neuen öffentlichen Verkehrsflächen im Neubaubereich für Wohnen West werden im Trennsystem zum Vorfluter Wockerather Fließ geführt. Der Wohnbereich Ost schließt aufgrund sehr aufwendiger Trassenführung direkt an den bestehenden Mischwasserkanal in der Neusser Straße an. (Auf das Merkblatt des städtischen Abwasserbetriebes der Stadt Erkelenz „Zur Versickerung von Niederschlagswasser“, Stand: September 1998, wird verwiesen.)

Der Kreis Heinsberg und das Staatliche Umweltamt Aachen haben darauf hingewiesen, dass in Bereichen, in denen Ziegelbruch, Bauschutt, Schotter und Schlacken eingebaut wurden, eine Regenwasserversickerung unzulässig ist und Schachtversickerungen auszuschließen sind.

9. VORLÄUFIGE BEURTEILUNG DER BAUGRUNDVERHÄLTNISSE

Im Plangebiet liegen wechselnde Bodenverhältnisse vor. Natürlich gelagerte und aufgefüllte Böden unterschiedlicher Mächtigkeit und Zusammensetzung sind auf allen Grundstücken vorhanden.

Die Festigkeit der Anfüllung ist weitgehend unbekannt. Der natürlich anstehende Boden (Lößlehm) weist deutlich schwankende Konsistenzen und damit wechselnde Tragfähigkeiten auf. Die Mächtigkeit dieser Schicht ist nicht bekannt.

Eine abschließende Beurteilung der Baugrundverhältnisse unter Berücksichtigung der Nutzungsgeschichte der verschiedenen Grundstücke ist ohne Baugrunderkundungen nicht möglich. Konkrete Untersuchungsprogramme im Hinblick auf variable Gründungsmöglichkeiten einer späteren Wohnbebauung z.B. mit oder ohne Keller, Streifenfundamente oder Plattengründung mit oder ohne Bodenverbesserung, eventuell Sondergründungsmaßnahmen etc. sind zu erstellen. Für eine Bestimmung der Tragfähigkeit der verschiedenen möglichen Gründungsböden ist die Durchführung von Rammsondierungen nach DIN 4094 unerlässlich. Das Bergamt Düren hat den Hinweis gegeben, dass das Plangebiet im Bereich der durch bergbauliche Maßnahmen bedingten Grundwasserabsenkung liegt.

10. ERSTBEWERTUNG AUF ALTLASTEN

In den meisten der abgeteufte 24 Rammsondierungen wurden nur unauffällige Fremdbestandteile in der Auffüllung erbohrt. Organoleptische Auffälligkeiten wurden nicht festgestellt. Dort, wo durch Schlackenanteile ein Verdacht auf erhöhte Schadstoffgehalte bestand, wurden chemische Untersuchungen durchgeführt. Diese ergaben keinerlei Belastungen. Nach den vorliegenden Untersuchungsergebnissen ist somit kein Hinweis auf erhebliche Schadstoffgehalte bzw. Belastungen gegeben. Gegen eine Nutzung des Bebauungsplangebietes durch eine Wohn-/ Mischgebietsbebauung und für Gewerbenutzung bestehen keine Bedenken.

11. BODENDENKMALPFLEGE

Östlich des Plangebietes wurde 1992 eine Ausgrabung im Bereich einer eisenzeitlichen Siedlung durchgeführt, deren Befunde lediglich einen Ausschnitt aus einer größeren Siedlung darstellen.

Es ist daher nicht auszuschließen, dass Reste dieser Siedlungsstelle im Plangebiet enthalten sind. Vor Beginn der Bodenbewegung ist das Rheinische Amt für Bodendenkmalpflege, Endericher Straße 133, 53115 Bonn, zu informieren. Auf die Vorschriften des Gesetzes zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Land NW (Denkmalschutzgesetz vom 11.03.1980) wird hingewiesen.

12. BODENORDNENDE UND SONSTIGE MASSNAHMEN

Eine Umlegung ist zur Verwirklichung der Ziele der Planung nicht erforderlich. Es ist beabsichtigt im Rahmen von städtebaulichen Verträgen mit den Eigentümern der südlich der Neusser Straße gelegenen, derzeit noch unbebauten und für eine Wohnbebauung vorgesehenen Grundstücksflächen eine Übertragung an die Stadt Erkelenz der für öffentliche Zwecke benötigten Grundstücksflächen zu regeln.

13. KOSTEN

Durch die Verwirklichung des Bebauungsplan entstehen Kosten für die Erstellung der Erschließungsanlagen in Bereich der südlich der Neusser Straßen gelegenen, derzeit noch unbebauten und für eine Wohnbebauung vorgesehenen Grundstücksflächen.

Hierzu sollen zwischen den Eigentümern der betroffenen Grundstücke und Trägern der Wohnbauvorhaben sowie der Stadt Erkelenz Erschließungsverträge zur Regelung der Kostenträgerschaft abgeschlossen werden. Der Stadt Erkelenz entstehen zur Erstellung der Erschließungsanlagen keine Kosten.

Weitere Kosten sind zum Zeitpunkt der Planaufstellung nicht ersichtlich.

Erkelenz im April 2000

2.1. Abstandsliste 1998
(4. BImSchV: 19.03.1997)

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Betriebsart	Abstand in m	Lfd. Nr.	Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Betriebsart		
III	700	1	1.1 (1)	Kraftwerke mit Feuerungsanlagen für den Einsatz von festen, flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen, soweit die Feuerungsleistung 200 MW übersteigt	700	22	1.1 (1)	Kraftwerke und Heizkraftwerke mit Feuerungsanlagen für den Einsatz von festen, flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen, soweit die Feuerungsleistung 150 MW bis max. 900 MW beträgt a) bei Kraftwerken mehr als 150 MW bis max. 900 MW übersteigt b) bei Heizkraftwerken 300 MW übersteigt		
		2	1.11 (1)	Anlagen zur Trockendestillation, insbesondere von Steinkohle, Braunkohle, Holz, Torf oder Pech (z. B. Kokereien, Gaswerke und Schwefelwerke), ausgenommen Heizkohlenmelier		23	1.12 (1)	Anlagen zur Destillation oder Weiterverarbeitung von Teer oder Teererzeugnissen oder von Teer- oder Gaswasser		
		3	3.2 (1)	Anlagen zur Gewinnung von Rohreisen		24	2.3 (1)	Anlagen zur Herstellung von Zementklinker oder Zementen		
		4	4.1 (1)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Stoffen durch chemische Umwandlung mit mehr als 10 Produktionsanlagen		25	2.4 (2)	Anlagen zum Brennen von Baust. Dolomit, Gips, Kalkstein, Kieselgur, Magnesit, Quarzsil oder von Ton zu Schamotte		
		5	4.4 (1)	Anlagen zur Destillation oder Raffination oder sonstigen Weiterverarbeitung von Erdöl oder Erdölerzeugnissen in Mineralöl-, Arom- oder Schmierstoffrefinerien, in petrochemischen Werken oder bei der Gewinnung von Paraffin		26	3.3 (1)	Anlagen zur Stahlerzeugung mit Lichtbogenöfen unter 50 t Gesamtabsichtgewicht (*) (s. auch lfd. Nrn. 10 und 46)		
		6	1.14 (1)	Anlagen zur Vergasung oder Verflüssigung von Kohle		27	3.4 (1 + 2)	Anlagen zum Umschmelzen von Nichteisenmetallen (Almetall), ausgenommen - Vakuum-Schmelzanlagen - Schmelzanlagen für Gießlegierungen aus Zinn und Wismut oder aus Feinzinn und Aluminium in Verbindung mit Kupfer oder Magnesium, - Schmelzanlagen, die Bestandteile von Druck- oder Kollengießmaschinen sind, - Schmelzanlagen für Edelmetalle oder für Legierungen, die nur aus Edelmetallen oder aus Edelmetallen und Kupfer bestehen, und - Schweißbäder (s. auch lfd. Nrn. 92 und 156)		
		7	2.14 (2)	Anlagen zur Herstellung von Formstücken unter Verwendung von Zement oder anderen Bindemitteln durch Stampfen, Schocken, Röhren oder Vibrieren mit einer Produktionsleistung von 1 t oder mehr je Stunde im Freien (*)						Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von anorganischen Chemikalien wie Säuren, Basen, Salze
		8	3.1 (1)	Anlagen zum Rosten, Schmelzen und Sintern von Erzen						Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Halogenen oder Halogenerzeugnissen
		9	3.2 (1)	Anlagen zur Gewinnung von Nichteisenmetallen aus Erzen oder Sekundärrohstoffen (Blei-, Zink- und Kupfelerzruten)						Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von phosphor- oder stickstoffhaltigen Düngemitteln
		10	3.3 (1)	Anlagen zur Stahlerzeugung, ausgenommen Lichtbogenöfen mit weniger als 50 t Gesamtabsichtgewicht, sowie Induktionsofen (*) (s. auch lfd. Nrn. 25 und 45)						Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Kohlenwasserstoffen
11	3.15 (2)	Anlagen zur Herstellung oder Reparatur von Behältern aus Metall im Freien (z. B. Container) (*)					28	4.1a (1)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von anorganischen Chemikalien wie Säuren, Basen, Salze	
12	3.18 (1)	Anlagen zur Herstellung oder Reparatur von Schiffskörpern oder -sektionen aus Metall im Freien (*)					29	4.1d (1)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Halogenen oder Halogenerzeugnissen	
13	4.1 (1)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Stoffen durch chemische Umwandlung mit höchstens 10 Produktionsanlagen					30	4.1e (1)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von phosphor- oder stickstoffhaltigen Düngemitteln	
14	4.1b (1) 4.1c (1)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Metallen oder Nichteisenmetallen auf nassem Wege oder mit Hilfe elektrischer Energie sowie von Ferrolegierungen, Korund oder Karbid einschließlich Aluminiumhütten					31	4.1f (1)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Kohlenwasserstoffen	
15	4.1d (1)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Schwefel oder Schwefelerzeugnissen					32	4.6 (1)	Anlagen zur Herstellung von Ruß	
16	4.1h (1)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Chemiefasern					33	7.15 (1)	Kohlöfungsanlagen	
17	6.3 (1)	Anlagen zur Herstellung von Holzspanplatten, Holzspanplatten oder Holzfasermatten					34	8.8 (1)	Anlagen zur chemischen Behandlung von besonders überwachsungsbedürftigen oder überwachsungsbedürftigen Abfällen, auf die die Vorschriften des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes Anwendung finden	
18	7.12 (1)	Anlagen zur Tierkörperbeseitigung sowie Anlagen, in denen Tierkörperteile oder Erzeugnisse tierischer Herkunft zur Beseitigung in Tierkörperbeseitigungsanlagen gesammelt oder gelagert werden					35	-	Aufbereitungsanlagen für schmelzflüssige Schlacke (z. B. Hochofenschlacke)	
19	10.16 (2)	Prüfstände für oder mit Luftschrauben, Rückstoßantrieben oder Strahltriebwerken					36	-	Automobil- u. Motorradfabriken sowie Fabriken zur Herstellung von Verbrennungsmotoren	
20	10.19 (2)	Anlagen zur Luftverflüssigung mit einem Durchsatz von 25 t Luft je Stunde oder mehr (*)					37	1.1 (1)	Heizkraftwerke und Heizwerke mit Feuerungsanlagen für den Einsatz von festen, flüssigen oder gasförmigen Brennstoffen, soweit die Feuerungsleistung 100 MW bis 300 MW beträgt a) bei Heizkraftwerken von 100 MW bis 300 MW b) bei Heizwerken mehr als 100 MW	
21	-	Anlagen zur Herstellung von Eisen- oder Stahlbaukonstruktionen im Freien (*)					38	1.7 (1)	Kohlöfwerke mit einem Kohlwasserdurchsatz von 10 000 m ³ oder mehr je Stunde	
							39	1.8 (2)	Elektromotoren mit einer Überspannung von 220 kV oder mehr einschließlich der Schaltfelder, ausgenommen eingebaute Elektromotoren	
							40	1.9 (2)	Anlagen zum Mahlen oder Trocknen von Kohle mit einer Leistung von 30 t oder mehr je Stunde	

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Nummer (Spalte) der 4. BimSchV	Betriebsart		
IV	500	41	1,10 (1)	Anlagen zum Bricketieren von Braun- oder Steinkohle		
		42	2,8 (1)	Anlagen zur Herstellung von Glas, auch soweit es aus Altglas hergestellt wird, einschließlich Glasfasern, die nicht für medizinische oder fernmeldetechnische Zwecke bestimmt sind		
		43	2,11 (1)	Anlagen zum Schmelzen mineralischer Stoffe		
		44	2,13 (2)	Anlagen zur Herstellung von Beton, Mörtel oder Straßenbaustoffen unter Verwendung von Zement, auch soweit die Einsatzstoffe lediglich trocken gemischt werden		
		45	2,15 (1)	Anlagen zur Herstellung oder zum Schmelzen von Mischungen aus Bitumen oder Teer mit Mineralstoffen einschließlich Aushärtungsanlagen für bituminöse Straßenbaustoffe und Teersplittanlagen mit einer Produktionsleistung von 200 t oder mehr je Stunde		
		46	3,3 (1) 3,7 (1)	Anlagen zur Stahlerzeugung mit Induktionsöfen, Anlagen zum Erhitzen von Gußeisen sowie Eisen-, Temper- oder Stahlgießereien, ausgenommen Anlagen, in denen Formen oder Kerne auf kaltem Wege hergestellt werden, mit einer Leistung von 601 oder mehr Güßeile je Monat (s. auch Lfd. Nr. 10 und 26)		
		47	3,5 (1 + 2)	Anlagen zum Walzen von Metallen, ausgenommen Anlagen zum Walzen von Kaltband mit einer Bandbreite bis 650 mm (*)		
		48	3,11 (1 + 2)	Schmiede-, Hammer- oder Fallwerke (*)		
		49	3,14 (1 + 2)	Anlagen zum Zerkleinern von Schrott durch Drehmühlen mit einer Nennleistung des Rotorantriebes von 100 kW oder mehr		
		50	3,16 (1)	Anlagen zur Herstellung von warmfesten nahtlosen oder geschweißten Röhren aus Stahl (*)		
		51	4,1g (1)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von organischen Chemikalien oder Lösungsmitteln wie Alkohole, Aldehyde, Ketone, Säuren, Ester, Acetate, Äther		
		52	4,1h (1)	Anlagen zur Herstellung von Kunststoffen		
		53	4,1k (1)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Kunstharzen		
		54	4,1m (1)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von synthetischem Kautschuk		
		55	4,5 (1)	Anlagen zur Herstellung von Schmierstoffen wie Schmieröle, Schmierfette, Metallbearbeitungsöle		
		56	4,7 (1)	Anlagen zur Herstellung von Kohlenstoff (Harbrandkohle) oder Elektrographit durch Brennen, z. B. für Elektroden, Stromabnehmer oder Apparateile		
		57	4,8 (1)	Anlagen zur Aufarbeitung von organischen Lösungsmitteln durch Destillieren mit einer Leistung von 3 t oder mehr je Stunde		
		58	5,1 (1)	Anlagen zum Beschichten, Lackieren, Kaschieren, Imprägnieren oder Tränken von Gegenständen, Glas- oder Mineralisierern oder bahnen- oder tafelförmigen Materialien einschließlich der zugehörigen Trocknungsanlagen mit a) Lacken, die organische Lösungsmittel enthalten und von diesen 250 kg oder mehr je Stunde eingesetzt werden, b) Kunstharzen, die unter weitgehender Selbstvernetzung austarieren (Reaktionsharze) wie Melamin-, Harnstoff-, Phenol-, Epoxid-, Furan-, Kresol-, Resorcin- oder Polyesterharzen, sofern die Menge dieser Harze 25 kg oder mehr je Stunde beträgt, oder c) Kunststoffen oder Gummi unter Einsatz von 250 kg organischen Lösungsmitteln oder mehr je Stunde, ausgenommen Anlagen für den Einsatz von Pulverisicken oder Pulverbeschichtungsstoffen		
				59	5,5 (2)	Anlagen zum Isolieren von Drahten unter Verwendung von Phenol- oder Kresolharzen
				60	5,8 (2)	Anlagen zur Herstellung von Gegenständen unter Verwendung von Amino- oder Phenoplasten, wie Furan-, Harnstoff-, Phenol-, Resorcin- oder Xyloharzen mittels Wärmebehandlung, soweit die Menge der Ausgangsstoffe 10 kg oder mehr je Stunde beträgt
				61	7,1 (1)	Anlagen zum Halten oder zur Aufzucht von Geflügel oder Mastkalbern oder zum Halten oder zur getrennten Aufzucht von Schweinen mit a) 51 000 Hennenplätzen, b) 102 000 Junghehenplätzen, c) 102 000 Mastgeflügelplätzen, d) 51 000 Trüfnermassplätzen, e) 1 900 Mastschweineplätzen (Schweine von 30 kg oder mehr Lebendgewicht), f) 640 Sauenplätzen einschließlich dazugehöriger Ferkelaufzuchtplätze (Ferkel bis weniger als 30 kg Lebendgewicht), g) 820 Sauenplätzen einschließlich dazugehöriger Ferkelaufzuchtplätze (Ferkel bis weniger als 10 kg Lebendgewicht) oder h) 5 400 Ferkelplätzen für die getrennte Aufzucht (Ferkel von 10 bis weniger als 30 kg Lebendgewicht), i) 700 Mastkalberplätzen oder mehr, auch soweit nicht genehmigungsbedürftig
				62	7,3 (1)	Anlagen zum Schmelzen von tierischen Fetten mit Ausnahme der Anlagen zur Verarbeitung von selbstgewonnenen tierischen Fetten zu Speisefetten in Fleischereien mit einer Leistung bis zu 200 kg Speisefett je Woche
				63	7,9 (1)	Anlagen zur Herstellung von Futter- oder Düngemitteln oder technischen Fetten aus den Schlachtabenprodukten Knochen, Tierhaare, Federn, Hörner, Klauen oder Blut
				64	7,11 (1)	Anlagen zum Lagern unbehandelter Knochen, ausgenommen Anlagen für selbstgewonnene Knochen in - Fleischereien, in denen je Woche weniger als 4 000 kg Fleisch verarbeitet werden, und - Anlagen, die nicht durch Nr. 114 erfasst werden
				65	7,19 (2)	Anlagen, in denen Sauerkraut hergestellt wird, soweit 10 t Kohl oder mehr je Tag verarbeitet werden
				66	7,21 (1)	Möhlen für Nahrungs- oder Futtermittel mit einer Produktionsleistung von 500 t je Tag oder mehr (*)
				67	7,23 (1)	Anlagen zum Extrahieren pflanzlicher Fette oder Öle, soweit die Menge des eingesetzten Extraktionsmittels 1 t oder mehr beträgt
				68	7,24 (1)	Anlagen zur Herstellung oder Raffination von Zucker unter Verwendung von Zuckerrüben oder Rohrzucker
				69	7,25 (2)	Anlagen zur Trocknung von Grünfüttern, ausgenommen Anlagen zur Trocknung von selbstgewonnenem Grünfütter im landwirtschaftlichen Betrieb
				70	8,1 (1)	Anlagen zur teilweisen oder vollständigen Beseitigung von festen, flüssigen oder in Behältern gefällten gasförmigen Stoffen oder Gegenständen durch themische Verfahren, wie Ver- oder Entgasung, Verbrennung oder eine Kombination dieser Verfahren
				71	8,3 (1)	Anlagen zur Rückgewinnung von einzelnen Bestandteilen aus festen Stoffen durch Verbrennen
				72	8,5 (1)	Anlagen zur Kompostierung mit einer Durchsatzleistung von mehr als 10 U _h (Kompostwerke)

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Betriebsart	Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Betriebsart
IV	500	73	9.11 (2)	Offene oder unvollständig geschlossene Anlagen zum Be- oder Entladen von Schüttgütern, die im trockenen Zustand stauben können, durch Kippen von Wagen oder Behältern oder unter Verwendung von Baggern, Schaufelradgeräten, Greifern, Saugrohren oder ähnlichen Einrichtungen, soweit 200 l Schüttgüter zum Be- oder Entladen von Erdaustrub oder von Gestein, das bei der Gewinnung oder Aufbereitung von Bodenschätzen anfallt; für nur saisonal genutzte Getreideanlageneinstellen tritt die Genehmigungspflicht erst bei einer Umschlagleistung von 400 l oder mehr je Tag ein	V	300	91	3.3 (2) 3.7 (2)	Anlagen zum Erschmelzen von Gußeisen oder Stahl mit einer Schmelzleistung bis zu 2,5 t je Stunde, Vakuum-Schmelzanlagen für Gußeisen oder Stahl mit einer Einsatzmenge von 5 t oder mehr sowie Eisen-, Temper- oder Stahlgießereien, in denen Formen oder Kerne auf kaltem Wege hergestellt werden, mit einer Leistung von weniger als 80 t Gußeisen je Monat
		74	9.36 (2)	Anlagen zur Lagerung von Gülle mit einem Fassungsvermögen von 2500 m ³ oder mehr			92	3.4 (1) 3.8 (1)	Schmelzanlagen für Nichteisenmetalle für einen Einsatz von 1000 kg oder mehr sowie Gießereien für Nichteisenmetalle, ausgenommen - Vakuum-Schmelzanlagen, - Schmelzanlagen für Gießlegierungen aus Zinn und Wismut oder aus Fezinn und Aluminium in Verbindung mit Kupfer oder Magnesium, - Schmelzanlagen, die Bestandteil von Druck- oder Kokillengießmaschinen sind, - Schmelzanlagen für Edelmetalle oder für Legierungen, die nur aus Edelmetallen oder aus Edelmetallen und Kupfer bestehen, und - Schweißbäder (s. auch lfd. Nr. 27 und 156)
		75	-	Oberirdische Deponien für besonders überwachtungsbedürftige Abfälle i. S. der Technischen Anleitung Abfall, Teil 1			93	3.5 (2)	Anlagen zum Abziehen der Oberflächen von Stahl, insbesondere von Blöcken, Brammen, Knüppeln, Platten oder Blechen, durch Flammen
		76	-	Abwasserbehandlungsanlagen für mehr als 100 000 EGW			94	3.9 (1 + 2)	Anlagen zum Aufbringen von metallischen Schutzschichten auf Metalloberflächen aus Blei, Zinn, Zink, Nickel oder Kobalt mit Hilfe von schmelzflüssigen Bädern, durch Flamm- oder Lichtgasenspritzen
		77	-	Autokinos (*)			95	3.15 (2)	Anlagen zur Herstellung oder Reparatur von Behältern aus Metall in geschlossenen Hallen (z. B. Dampfkessel, Container) (*)
		78	-	Betriebshöfe für Straßenbahnen (*)			96	3.18 (1)	Anlagen zur Herstellung oder Reparatur von Schiffskörpern oder -sektionen aus Metall in geschlossenen Hallen (*)
V	300	79	1.5 (1 + 2)	Gasturbinenanlagen zum Antrieb von Generatoren oder Arbeitsmaschinen (*)			97	3.21 (1 + 2)	Anlagen zur Herstellung von Bleiakkumulatoren oder Industriebatteriezellen und sonstiger Akkumulatoren
		80	1.9 (2)	Anlagen zum Mahlen oder Trocknen von Kohle mit einer Leistung von 1 t bis weniger als 30 t je Stunde			98	3.23 (1 + 2)	Anlagen zur Herstellung von Aluminium-, Eisen- oder Magnesiumpulver oder -pasten, von blei- oder nickelhaltigen Pulvern oder Pasten oder sonstigen Metallpulvern oder -pasten, ausgenommen Anlagen zur Herstellung von Metallpulver durch Stampfen
		81	1.13 (1) 1.15 (1)	Anlagen zur Erzeugung von Generator- oder Wassergas aus festen Brennstoffen oder Stab- oder Feingas aus Kohlenwasserstoffen durch Spalten			99	4.11 (1)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von unter Druck gelastem Acetylen (Dissousgasfabriken)
		82	2.1 (2)	Steinbrüche, in denen Sprengstoffe oder Flammstrahler verwendet werden			100	4.1p (1)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Seifen oder Waschmitteln durch chemische Umwandlung
		83	2.2 (2)	Anlagen zum Brechen, Mahlen oder Klassieren von natürlichem oder künstlichem Gestein einschließlich Schlacke und Abbruchmaterial, ausgenommen Klassieranlagen für Sand oder Kies und Anlagen zur Behandlung von Abbruchmaterial am Entstehungsort			101	4.2 (1 + 2)	Anlagen, in denen Pflanzenschutz- oder Schädlingsbekämpfungsmittel oder ihre Wirkstoffe gemahlen oder maschinell gemischt, abgepackt oder umgefüllt werden
		84	2.5 (2)	Anlagen zum Mahlen von Gips, Kieselgur, Magnesit, Mineralfarben, Muschelschalen, Talkum, Ton, Tuff (Tuff) oder Zementklinker			102	4.3 (2)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Arzneimitteln oder Arzneimittelzwischenprodukten ohne chemische Umwandlung
		85	2.6 (1)	Anlagen zur Gewinnung, Bearbeitung oder Verarbeitung von Asbest			103	4.8 (2)	Anlagen zur Aufarbeitung von organischen Lösungsmitteln durch Desillieren mit einer Leistung von 1 t bis weniger als 3 l je Stunde
		86	2.7 (2)	Anlagen zum Blähen von Perlit, Schiefer oder Ton			104	4.9 (2)	Anlagen zum Erschmelzen von Natur- oder Kunstharzen mit einer Leistung von 1 t oder mehr je Tag
		87	2.10 (1)	Anlagen zum Brennen keramischer Erzeugnisse, soweit der Rauminhalt der Brennanlage 4 m ³ oder mehr und die Besatzdichte 300 kg oder mehr je m ³ Rauminhalt der Brennanlage beträgt, ausgenommen elektrisch beheizte Brennöfen, die diskontinuierlich und ohne Abluftführung betrieben werden			105	4.10 (2)	Anlagen zur Herstellung von Anstrich- oder Beschichtungsmitteln (Lasuren, Firnis, Lacke, Dispersionsfarben) oder Druckfarben unter Einsatz von 5 l je Tag oder mehr organischer Lösungsmittel, ausgenommen Anlagen, in denen ausschließlich hochsiedende Öle als Lösungsmittel ohne Wärmebehandlung eingesetzt werden
		88	2.14 (2)	Anlagen zur Herstellung von Formstücken unter Verwendung von Zement oder anderen Bindemitteln durch Stampfen, Schocken, Rütteln oder Vibrieren mit einer Produktionsleistung von 1 t oder mehr je Stunde in geschlossenen Hallen (*)					
		89	2.15 (2)	Anlagen zur Herstellung oder zum Schmelzen von Mischungen aus Bitumen oder Teer mit Mineralstoffen einschließlich Aufbereitungsanlagen für bituminöse Straßenbaustoffe und Teersplittanlagen mit einer Produktionsleistung bis weniger als 200 t je Stunde					
		90	3.2 (2)	Anlagen zur thermischen Aufbereitung von Hüttenstäuben für die Gewinnung von Metallen oder Metallverbindungen im Drehrohr oder in einer Wirbelschicht					

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Numer (Spalte) der 4. BImSchV	Betriebsart
V	300	116	7.4 (2)	Anlagen zur Verarbeitung von Kartoffeln, Gemüse, Fleisch oder Fisch für die menschliche Ernährung, soweit 11 dieser Nahrungsmittel je Tag oder mehr durch Erwärmen verarbeitet wird, ausgenommen - Anlagen zum Sterilisieren oder Pasteurisieren dieser Nahrungsmittel in geschlossenen Behältnissen und - Kochen von Gasstätten, Kanälen, Krankenhausern und ähnlichen Einrichtungen
		117	7.6 (2)	Anlagen zum Reinigen oder zum Entschleimen von tierischen Därmen oder Mägen
		118	7.7 (2)	Anlagen zur Zubereitung oder Verarbeitung von Kälbermägen zur Labgewinnung
		119	7.8 (1)	Anlagen zur Herstellung von Gelatine, Hautleim, Lederleim oder Knochenleim
		120	7.10 (1)	Anlagen zum Lagern oder Aufarbeiten unbehandelter Tierhaare mit Ausnahme von Wolle, ausgenommen Anlagen für selbstgewonnene Tierhaare in Anlagen, die nicht durch Nr. 114 erfaßt werden
		121	7.13 (2)	Anlagen zum Trocknen, Einsalzen, Lagern oder Enthaaen ungegebter Tierhaare oder Tierfelle
		122	7.14 (2)	Anlagen zum Geben einschließlich Nachgerben von Tierhäuten und Tierfellen sowie nicht genehmigungsbedürftige Lederfabriken
		123	7.22 (2)	Anlagen zur Herstellung von Hefe oder Stärkemehlen
		124	7.29 (2)	Anlagen zum Rosten oder Mahlen von Kaffee oder Abpacken von gemahltem Kaffee mit einer Leistung von jeweils 250 kg oder mehr je Stunde
		125	7.30 (2)	Anlagen zum Rosten von Kaffee-Ersatzprodukten, Getreide, Kakao- bohnen oder Nüssen mit einer Leistung von 75 kg oder mehr je Stunde
		126	7.31 (2)	Anlagen zur a) Herstellung von Lakritz, b) Herstellung von Kakao- oder c) themischen Veredelung von Kakao- oder Schokoladenmasse
		127	8.4 (2)	Anlagen, in denen Stoffe aus in Haushaltungen anfallenden oder aus gleichartigen Abfällen durch Sortieren für den Wirtschaftskreislauf zurückgewonnen werden, mit einer Leistung von 10 T oder mehr je Tag
		128	8.5 (2)	Anlagen zur Kompostierung mit einer Durchsatzleistung von 0,75 t bis weniger als 10 t (Kompostierungsanlagen)
		129	8.7 (1)	Anlagen zur Behandlung von verunreinigtem Boden, der nicht ausschließlich am Standort der Anlage entnommen wird (*)
		130	8.9 (2)	Anlagen zur Lagerung oder Behandlung von Autowracks ohne sonstige Demontage der Einzelteile, auch soweit nicht genehmigungsbedürftig (*)
		131	8.11 (2)	Anlagen zur Behandlung von oberwachungsbedürftigen Abfällen mit einem Durchsatz von 10 t je Tag oder mehr sowie Anlagen, die der Lagerung von 100 t oder mehr oberwachungsbedürftiger Abfälle dienen (z. B. Elektronik- und Elektroschrott), ausgenommen die zeitweilige Lagerung - bis zum Einsammeln - auf dem Gelände der Entstehung der Abfälle
		132	9.10 (1)	Anlagen zum Umschlagen von oberwachungsbedürftigen und besonders oberwachungsbedürftigen Abfällen, auf die die Vorschriften des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes Anwendung finden, mit einer Leistung von 100 t oder mehr je Tag, ausgenommen Anlagen zum Umschlagen von Erdaushub oder von Gestein, das bei der Gewinnung oder Aufbereitung von Bodenschätzen anfällt

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Numer (Spalte) der 4. BImSchV	Betriebsart
V	300	106	5.1 (2)	Anlagen zum Beschichten, Lackieren, Kaschieren, Imprägnieren oder Tränken von Gegenständen, Glas- oder Mineralfasern oder bahnen- oder tafelförmigen Materialien einschließlich der zugehörigen Trocknungsanlagen mit a) Lacken, die organische Lösungsmittel enthalten und von diesen 25 kg bis weniger als 250 kg je Stunde eingesetzt werden, b) Kunstharzen, die unter weitgehender Selbstvernetzung ausreagieren (Reaktionsharze), wie Melamin-, Harnstoff-, Phenol-, Epoxid-, Furan-, Kresol-, Resorcin- oder Polyesterharzen, sofern die Menge dieser Harze 10 kg bis weniger als 25 kg je Stunde beträgt, oder c) Kunststoffen oder Gummi unter Einsatz von 25 kg bis weniger als 250 kg organischer Lösungsmittel je Stunde, ausgenommen Anlagen für den Einsatz von Pulverlacken oder Pulverbeschichtungsstoffen
		107	5.2 (1+2)	Anlagen zum Bedrucken von bahnen- oder tafelförmigen Materialien mit Rotationsdruckmaschinen einschließlich der zugehörigen Trocknungsanlagen
		108	5.4 (2)	Anlagen zum Tränken oder Überziehen von Stoffen oder Gegenständen mit Teer, Teeröl oder heißem Öl, ausgenommen Anlagen zum Tränken oder Überziehen von Kabinen mit heißem Öl
		109	5.6 (2)	Anlagen zur Herstellung von bahnenförmigen Materialien auf Streckmaschinen einschließlich der zugehörigen Trocknungsanlagen unter Verwendung von Gemischen aus Kunststoffen und Weichmachern oder von Gemischen aus sonstigen Stoffen und oxidiertem Leinöl
		110	5.9 (2)	Anlagen zur Herstellung von Reibbelägen unter Verwendung von Phenoplasten oder sonstigen Kunstharzbindemitteln, soweit kein Asbest eingesetzt wird
		111	6.2 (2)	Anlagen, die aus einer oder mehreren Maschinen zur fabrikmäßigen Herstellung von Papier und Pappe bestehen (*)
		112	6.4 (2)	Anlagen zur Herstellung von Weispappe
		113	7.1 (1)	Anlagen zum Halten oder zur Aufzucht von Geflügel oder Mastkalbern oder zum Halten oder zum getrennten Aufzucht von Schweinen mit a) 14 000 bis weniger als 51 000 Hennenplätzen, b) 28 000 bis weniger als 102 000 Jungentenplätzen, c) 29 000 bis weniger als 102 000 Mastgefügelplätzen, d) 14 000 bis weniger als 51 000 Trühhennenplätzen, e) 525 bis weniger als 1 900 Mastschweinplätzen (Schweine von 30 kg oder mehr Lebendgewicht), f) 175 bis weniger als 640 Sauenplätzen einschließlich dazugehöriger Ferkelaufzucht- plätze (Ferkel bis weniger als 30 kg Lebendgewicht), g) 225 bis weniger als 820 Sauenplätzen einschließlich dazugehöriger Ferkelaufzucht- plätze (Ferkel bis weniger als 10 kg Lebendgewicht) oder h) 1 500 bis weniger als 5 400 Ferkelplätzen für die getrennte Aufzucht (Ferkel von 10 bis weniger als 30 kg Lebendgewicht), i) 200 bis weniger als 700 Mastkalberplätzen auch soweit nicht genehmigungsbedürftig
		114	7.2 (1+2)	Anlagen zum Schlachten von a) 500 kg oder mehr Lebendgewicht Geflügel oder b) 8 000 kg oder mehr Lebendgewicht sonstiger Tiere je Woche
		115	7.4 (1)	Anlagen zur fabrikmäßigen Herstellung von Tierfutter durch Erwärmen der Bestandteile tierischer Herkunft

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Betriebsart
VI	200	156	3.4 (2)	Schmelzanlagen für Nichteisenmetalle für einen Einsatz von 50 bis weniger als 1 000 kg, ausgenommen - Vakuum-Schmelzanlagen, - Schmelzanlagen für Gießlegierungen aus Zinn und Wismut oder aus Feinzinn und Aluminium in Verbindung mit Kupfer oder Magnesium, - Schmelzanlagen, die Bestandteil von Druck- oder Kokillengießmaschinen sind oder die ausschließlich im Zusammenhang mit einzelnen Druck- oder Kokillengießmaschinen gießfertige Nichteisenmetalle oder gießfertige Legierungen niederschmelzen, - Schmelzanlagen für Edelmetalle oder für Legierungen, die nur aus Edelmetallen oder aus Edelmetallen und Kupfer bestehen, und - Schweißbäder (s. auch lfd. Nr. 27 und 92)
		157	3.8 (2)	Anlagen, die aus einer oder mehreren Druckgießmaschinen mit Zuhilfenahme von 2 Meganeutronen oder mehr bestehen.
		158	3.10 (2)	Anlagen zur Oberflächenbehandlung von Metallen unter Verwendung von Fluß- oder Salpetersäure, ausgenommen Chromatieranlagen
		159	5.7 (2)	Anlagen zur Verarbeitung von flüssigen ungesättigten Polyesterharzen mit Styrol-Zusatz oder flüssigen Epoxidharzen mit Aminen zu a) Formmassen (z. B. Harzmalten oder Faser-Formmassen) oder b) Formteilen oder Fertigerzeugnissen, soweit keine geschlossenen Werkzeuge (Formen) verwendet werden, für einen Harzverbrauch von 500 kg oder mehr je Woche z. B. Bootsbau, Fahrzeugbau oder Behälterbau
		160	5.10 (2)	Anlagen zur Herstellung von künstlichen Schleifschleiben, -körpern, -papieren oder -geweben unter Verwendung organischer Binde- oder Lösungsmittel
		161	5.11 (2)	Anlagen zur Herstellung von Polyurethanformteilen, Bauteilen unter Verwendung von Polyurethan, Polyurethanblöcken in Kastenform oder zum Ausschäumen von Hohlräumen mit Polyurethan, soweit die Menge der Ausgangsstoffe 200 kg oder mehr je Stunde beträgt ausgenommen Anlagen zum Einsatz von thermoplastischen Polyurethangranulaten
		162	7.1 (1)	Anlagen zum Halten oder zur Aufzucht von Geflügel oder Mastkalbern oder zum Halten oder zur getrennten Aufzucht von Schweinen mit a) 3 200 bis weniger als 14 000 Hennenplätzen, b) 6 400 bis weniger als 28 000 Junghennenplätzen, c) 6 400 bis weniger als 28 000 Mastgeflogelplätzen, d) 3 200 bis weniger als 14 000 Trübhühnermastplätzen, e) 120 bis weniger als 525 Mastschweineplätzen (Schweine von 30 kg oder mehr Lebendgewicht), f) 40 bis weniger als 175 Sauenplätzen einschließlich dazugehörender Ferkelaufzuchtplätze (Ferkel bis weniger als 30 kg Lebendgewicht), g) 50 bis weniger als 225 Sauenplätzen einschließlich dazugehörender Ferkelaufzuchtplätze (Ferkel bis weniger als 10 kg Lebendgewicht) oder h) 350 bis weniger als 1 500 Ferkelplätzen für die getrennte Aufzucht (Ferkel von 10 bis weniger als 30 kg Lebendgewicht), i) 75 bis weniger als 200 Mastkalberplätzen auch soweit nicht genehmigungsbedürftig
		163	7.5 (2)	Anlagen zum Räuchern von Fleisch- oder Fischwaren, ausgenommen - Anlagen in Gasstätten und - Räucheröfen mit einer Räucherleistung von weniger als 1000 kg Fleisch- oder Fischwaren je Woche

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Betriebsart
V	200	133	10.7 (2)	Anlagen zum Vulkanisieren von Natur- oder Synthetikschlauch unter Verwendung von Schwefel oder Schwefelverbindungen, ausgenommen Anlagen, in denen - weniger als 50 kg Kautschuk je Stunde verarbeitet werden oder - ausschließlich vorvulkanisierter Kautschuk eingesetzt wird
		134	10.21 (2)	Anlagen zur Innenreinigung von Eisenbahnkesselwagen, Straßenkahnfahrzeugen oder Tankcontainern sowie Anlagen zur automatischen Reinigung von Fässern einschließlich zugehöriger Ausrüstungsanlagen, soweit die Behälter von organischen Stoffen gereinigt werden, ausgenommen Anlagen, in denen Behälter ausschließlich von Nahrungs-, Genuß- oder Futtermitteln gereinigt werden
		135	10.23 (2)	Anlagen zur Textilveredlung durch Sengen, Thermoxifizieren, Thermoisolieren, Beschichten, Imprägnieren oder Appretieren, einschließlich der zugehörigen Trockungsanlagen, ausgenommen Anlagen, in denen weniger als 500 m ² Textilien je Stunde behandelt werden
		136	-	Gattersägen, wenn die Antriebsleistung eines Gatters 100 kW oder mehr beträgt, sowie Furnier- oder Schälwerke
		137	-	Abwasserbehandlungsanlagen bis einschließlich 100 000 EGW
		138	-	Anlagen zur Gewinnung oder Aufbereitung von Sand, Bims, Kies, Ton oder Lehm
		139	-	Anlagen zur Herstellung von Kalksandsteinen, Gasbetonsteinen oder Faserzementplatten unter Dampfdruck
		140	-	Anlagen zur Herstellung von Bauelementen oder in Serien gefertigten Hobarbeiten
		141	-	Deponieklasse II i. S. der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (Siedlungsabfalldeponien und vergleichbare Deponien)
		142	-	Deponieklasse I i. S. der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (Inertstoffdeponie, Erdaushub- oder Bauschuttdeponien)
		143	-	Anlagen zur Herstellung von Schienenfahrzeugen
		144	-	Preßwerke (*)
		145	-	Anlagen zur Herstellung von Eisen- oder Stahlbaukonstruktionen in geschlossenen Hallen (*)
		146	-	Stab- oder Drahtzieherien (*)
		147	-	Schwermaschinenbau
		148	-	Emallieranlagen
		149	-	Schrotplätze
		150	-	Margarine- oder Kunstspeisefabriken
		151	-	Auslieferungslager für Tiefkühlkost (*)
		152	-	Betriebshöfe der Müllabfuhr oder der Straßendienst (*)
		153	-	Speidionen aller Art sowie Betriebe zum Umschlag großer Gütermengen (*)
VI	200	154	2.9 (2)	Anlagen zum Säurepolieren oder Mattätzen von Glas oder Glaswaren unter Verwendung von Flußsäure
		155	2.10 (2)	Anlagen zum Brennen keramischer Erzeugnisse, soweit der Rauminhalt der Brennanlage 4 m ³ oder mehr oder die Besatzdichte mehr als 100 kg/m ³ und weniger als 300 kg im Rauminhalt der Brennanlage beträgt, ausgenommen elektrisch beheizte Brennöfen, die diskontinuierlich und ohne Abluftführung betrieben werden

Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Betriebsart	Abstands- klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Betriebsart
VI	200	154	7.20 (2)	Malzdarren	VI	200	185	-	Lackierereien mit einem Lösungsmitteldurchsatz bis weniger als 25 kg/h (z.B. Lohnlackereien)
		155	7.21 (2)	Mühlen für Nahrungs- oder Futtermittel mit einer Produktionsleistung von 100 t bis weniger als 500 t je Tag (*)			186	-	Fleischerzeugerbetriebe ohne Verarbeitung
		156	7.27 (2)	Massenbrennereien, Bierferroerocknungsanlagen oder Brauereien mit einem Ausstoß von 5 000 hl Bier oder mehr je Jahr und Brennerien, auch soweit nicht genehmigungsbedürftig			187	-	Anlagen zum Trocknen von Getreide oder Tabak unter Einsatz von Gebläsen (*)
		157	7.23 (2)	Anlagen zur Herstellung von Speisewürzen aus tierischen oder pflanzlichen Stoffen unter Verwendung von Säuren			188	-	Brotfabriken oder Fabriken zur Herstellung von Dauerbackwaren
		158	7.32 (2)	Anlagen zum Trocknen von Milch, Erzeugnissen aus Milch oder von Milchbestandteilen mit Spröhtrocknern			189	-	Milchverwertungsanlagen ohne Trocknmilchherzeugung
		159	7.33 (2)	Anlagen zum Befeuern von Tabak unter Zuführung von Wärme, oder Aromatisieren oder Trocknen von fermentiertem Tabak			190	-	Autobusunternehmen, auch des öffentlichen Personennahverkehrs (*)
		170	10.3 (2)	Anlagen zur Herstellung von Baulenschutz-, Reinigungs- oder Holzschutzmitteln, soweit diese Produkte organische Lösemittel enthalten und von diesen 1 l/h oder mehr eingesetzt werden; Anlagen zur Herstellung von Klebmitteln mit einer Leistung von 1 t oder mehr je Tag, ausgenommen Anlagen, in denen diese Mittel ausschließlich unter Verwendung von Wasser als Verdünnungsmittel hergestellt werden	VII	100	192	2.5 (2)	Anlagen zum mechanischen Be- oder Verarbeiten von Asbesterzeugnissen auf Maschinen
		171	10.9 (2)	Anlagen zur Herstellung von Holzschutzmitteln unter Verwendung von halogenierten aromatischen Kohlenwasserstoffen			193	3.20 (2)	Anlagen zur Oberflächenbehandlung von Gegenständen aus Stahl, Blech oder Guß mit festen Strahlmitteln, die außerhalb geschlossener Räume betrieben werden, ausgenommen nicht begehbare Handstrahlkabinen
		172	10.10 (2) 10.11 (2)	Anlagen zum Färben oder Bleichen von Flecken, Garnen oder Geweben unter Verwendung von Farbeschleimigen, alkalischen Stoffen, Chlor oder Chlorverbindungen einschließlich der Spinnrahmenanlagen, ausgenommen Anlagen, die unter erhöhtem Druck betrieben werden			194	8.9 (2)	Anlagen zur Lagerung oder Behandlung von Aufwracks durch sortenreine Demontage der Einzelteile, auch soweit nicht genehmigungsbedürftig
		173	10.15 (2)	Proflände für oder mit Verbrennungsmotoren oder Gasturbinen mit einer Leistung von 300 kW oder mehr			195	-	Betriebe zur Herstellung von Fertiggerichten (Kantinedienste, Catering-Betriebe)
		174	10.17 (2)	Anlagen, die an 5 Tagen oder mehr je Jahr der Übung oder Ausübung des Motorsports in larmschutztechnisch optimierten Hallen dienen, ausgenommen Modellsportanlagen (*)			196	-	Schlossereien, Drehereien, Schweißereien oder Schleifereien
		175	10.20 (2)	Anlagen zur Reinigung von Werkzeugen, Vorrichtungen oder sonstigen metallischen Gegenständen durch thermische Verfahren			197	-	Anlagen zur Herstellung von Kunststoffteilen ohne Verwendung von Phenolharzen
		176	-	Anlagen zur Herstellung von Bolzen, Nägeln, Muttern, Schrauben, Kugeln, Nadeln oder ähnlichen metallischen Normteilen durch Druckumformen auf Automaten sowie Automattendrehereien (*)			198	-	Autolackereien, insbesondere zur Beseitigung von Unfallschäden
		177	-	Anlagen zur Herstellung von kaltegeformten nahtlosen oder geschweißten Rohren aus Stahl (*)			199	-	Automatische Autowaschstraßen
		178	-	Anlagen zum automatischen Reinigen, Abblößen oder Verpacken von Flaschen aus Glas mit einer Leistung von 2500 Flaschen oder mehr je Stunde (*)			200	-	Tischlereien oder Schreinerien
		179	-	Anlagen zum Bau von Kraftfahrzeugkarosserien und -anhangern			201	-	Steinsägereien, -schleifereien oder -polierereien
		180	-	Maschinenfabriken oder Härtereien			202	-	Tapetenfabriken, die nicht durch lfd. Nm. 107 erfaßt werden
		181	-	Pressereien oder Stanzereien (*)			203	-	Fabriken zur Herstellung von Ledervern, Koffern oder Taschen sowie Handschuhmachereien oder Schuhfabriken
		182	-	Anlagen zur Herstellung von Kabeln			204	-	Anlagen zur Herstellung von Reliefpapierstoffen, Industriefilze oder Puchwolle
		183	-	Anlagen zur Herstellung von Möbeln, Kisten und Paletten aus Holz und sonstigen Holzwaren			205	-	Spinnerien oder Webereien
		184	-	Zimmerereien (*)			206	-	Kleiderfabriken oder Anlagen zur Herstellung von Textilien
							207	-	Großwaschereien oder große chemische Reinigungsanlagen
							208	-	Betriebe des Fernseh-, Rundfunk-, Telefon-, Telegrafien- oder Elektrogerätebaus sowie der sonstigen elektronischen oder feinmechanischen Industrie
							209	-	Bauhöfe
							210	-	Anlagen zur Kraftfahrzeugüberwachung
							211	-	Kraftfahrzeug-Reparaturwerkstätten
							212	-	Anlagen zur Runderneuerung von Reifen soweit weniger als 50 kg je Stunde Kautschuk eingesetzt werden

Vorschlaglisten zur Gehölzverwendung

Großkronige Bäume (I. Wuchsordnung)

Acer platanoides	Spitzahorn
Acer pseudoplatanus	Bergahorn
Aesculus hippocastanum	Roßkastanie
Betula pendula	Sandbirke
Fraxinus excelsior	Esche
Prunus avium	Vogelkirsche
Tilia cordata	Winterlinde
Quercus robur	Stieleiche
Ulmus carpiniifolia	Feld-Ulme
Juglans regia	Walnuss

Mostbirnen und Mostäpfel als Hochstämme von standorttypischen alten Sorten, z.B. Gewürzluiken, Brettacher, Boskoop, Zabergäu und Goldparmäne

Mittelkronige Bäume (II. Wuchsordnung)

Acer campestre	Feldahorn
Alnus glutinosa	Schwarzerle
Carpinus betulus	Hainbuche
Sorbus aucuparia	Eberesche
Sorbus intermedia	Schwedische Mehlbeere
Prunus padus	Traubenkirsche

Sträucher

Cornus sanguinea	Bluthartriegel
Rhamnus frangula	Faulbaum
Salix caprea	Salweide
Salix purpurea	Purpurweide
Coryllus avellana	Haselnuss
Lonicera xylosteum	Heckenkirsche
Rosa canina	Heckenrose
Rosa rubiginosa	Weinrose
Rhamnus catharticus	Kreuzdorn
Euonymus europaea	Pfaffenhütchen
Sambucus nigra	Schwarzer Holunder
Virburnum opulus	Gewöhnlicher Schneeball
Virburnum lantana	Wolliger Schneeball

Crataegus monogyna
Crataegus laevigata
Ligustrum vulgare
Prunus spinosa

Eingrifflicher Weißdorn
Zweigrifflicher Weißdorn
Liguster
Schlehe

Hecken

Acer campestre
Carpinus betulus
Cornus mas
Ligustrum vulgare
Buxus sempervirens

Feldahorn
Hainbuche
Hartriegel
Liguster
Buchsbaum

Klettergewächse

Celastrus orbiculatus
Clematis vitalba
Parthenocissus tricuspidata
„Veitchii“
Lonicera henryi
Hedera helix
Vitis ciognetiae
Wisteria sinensis
Hydrangea petiolaris

Baumwürger
Gemeine Waldrebe
Wilder Wein
Immergrünes Geißblatt
Efeu
Scharlachwein
Lyzinie
Kletterhortensie

Fachgutachten zum Bebauungsplan

Bestandteile des Bebauungsplanes sind:

- **Begründung**
- **Erstbewertung auf Altlasten**

Stand: Oktober 1998

Hydro-Geologisches Ingenieurbüro Olzem
Malmedyer Straße 30
52066 Aachen

- **Hydrogeologisches Gutachten
zur Regenwasserversickerung**

Stand: Oktober 1998

Hydro-Geologisches Ingenieurbüro Olzem
Malmedyer Straße 30
52066 Aachen

- **Vorläufige Beurteilung der Baugrundverhältnisse**

Stand: Oktober 1998

Hyers & Partner
Ingenieurbüro für Baugrund und Geotechnik
Malmedyer Straße 30
52066 Aachen

- **Schallschutzgutachten GA 98/ 239 MO und GA99/ 251 MO**

Stand: November 1998 und Juli 1999

Lärmkontor GmbH
Kaiserstraße 100
52134 Herzogenrath